

Studierendenschaft der Philipps-Universität Marburg
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Studierendenparlament Marburg
- Präsidium -
Erlenring 5
35037 Marburg

Telefon: (06421) 1703-0
Telefax: (06421) 1703-33
stupa@asta-marburg.de

asta-marburg.de/stupa



Stupa Marburg | Erlenring 5 | 35037 Marburg

Marburg, 9. Februar 2011

Protokoll der 4 Sitzung des 46. StuPa am 9.02.2011 um 20.00 Uhr im Deutschhauskeller

Anwesend sind:

Beckmann, Marius (SEM)
Berberweyk, Jan (LiBüLi)
Ebeling, Thomas (Juso-HSG), gegangen 0.10 Uhr
Eisner, Rebekka (Bettenhaus)
Ehling, Janis (SDS)
Engler, Anne-Marlen (DL)
Ewerdwalbesloh, Julia (LHG), gegangen 22.45 Uhr
Kienberg, Oliver (LiBüLi)
Krohn, Victoria (GHG)
Langer, Markus (LehrerInnen, gegangen 0.26 Uhr
Leibold, Nicolas (LHG)
Linsky, Dario (Piraten-HSG)
Mehić, Gala (GHG)
Mertens, Christina (GHG)
Michel, Hanno (GHG)
Mohr, Laura (SDS)
Palme, David (DL)
Samojlow, Anton (Juso-HSG)
Schmidt, Annika (LehrerInnen)
Schmidt, Michael (GHG)
Schömann, Jens (NaWiLi)
Schreiber, Anna (Juso-HSG)
Schreiber, Ursula (GHG)
Schulz, Mathias (Juso-HSG)
Spieckermann, Linda (GHG)
Strack, Christian (NaWiLi)
Syrovatka, Felix (GÖL)
Terbeck, Katherina (GHG)
Vörckel, Jakob (GHG)
Voyé, Patrick (GHG)
Waas, Joschka (GHG)
Zapf, Bastiaan (Piraten-HSG)
Jäkel, Laura (AStA-Vorstand)
Lutz, Jamal (AStA-Vorstand)
Spieckermann, Linda (AStA-Vorstand)

entschuldigt fehlen:

Rensch, Felix (GHG)
Schreiber, Michaela (Juso-HSG)
Pfeiffer, Katharina (Juso-HSG)
Fritz, Stefanie (GHG)

unentschuldigt fehlen:

Brieda, Theresa (GHG)
Berger, Britta (NaWiLi)
Bock, Michael (RCDS)
Wagner, Chris (RCDS)
Pechmann, Tobias (RCDS)

Laura Mohr (Präsidentin) eröffnet die Sitzung um 20.18 Uhr und begrüßt die Parlamentarier_innen. **Laura (Präsidentin)** stellt zudem die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 24 Parlamentarier_innen anwesend.

Top 1:

Laura (Präsidentin) fragt, ob es zunächst Fragen von den Anwesenden gibt. Es gibt keine Fragen.

Weiterhin fragt **Laura (Präsidentin)**, ob es Verbesserungen am Protokoll der letzten Sitzung gibt.

Es gibt Korrekturwünsche:

Thomas Ebeling (Juso-HSG) bemängelt die vielen Rechtschreibfehler des letzten Protokolls. Zudem bemerkt er, dass das Protokoll vom 15.12.10 dahingehen verändert werden müsste, dass **Jamal (Vorstand)** auf die Frage, ob es ein transparentes Verfahren für die Vergabe der Finanzanträge geben würde, mit „nein“ geantwortet hat. Zudem müssten die Protokolle vom 15.12.2011 und vom 20.01.2011 zusammengelegt werden. Des Weiteren habe Michaela Schreiber (Juso-HSG) am 20.01.2011 entschuldigt gefehlt.

Laura (Präsidentin) antwortet hierauf, dass im Präsidium keine Entschuldigung eingegangen sei. **Anna Schreiber (Juso-HSG)** teilt dem Präsidium mehrere Rechtschreibfehler mit, die sie in den Protokollen gefunden hat.

Patrick Voyé (GHG) reicht folgende Änderungsanträge an das letzte Protokoll schriftlich ein:

- Seite 6:

Patrick (GHG) erklärt, dass er die Anregung aufnimmt und darüber nachdenken werde.

Änderungswunsch:

Patrick (GHG) erklärt, dass der AStA die Anregungen aufnehmen und darüber nachdenken werde.

Jamal fährt mit der Erklärung fort. Die AEn des Umweltreferats sind höher ausgefallen, da es anders als das letzte Jahr, ganzjährig gearbeitet hat.

Änderungswunsch:

Die AEn des Umweltreferats sind höher ausgefallen, da die Referentinn_en, anders als das letzte Jahr, die Legislatur

durchgehend arbeiten und sich nicht beurlauben lassen werden.

- Seite 9:

900 Euro nach 130 Sitzung pro Person, hält er für zu viel Geld. Außerdem sollte dies in einem Tarifvertrag geregelt werden, wenn man schon soviel Geld bezahlt.

Änderungswunsch:

Erster Satz unklar, bitte anpassen. Außerdem sollte die Bezahlung der Kommissionsmitglieder, wenn diese schon für ihre Tätigkeit bezahlt werden sollten, an dem Berliner Tarifvertrag orientiert sein, so wie dies im AStA für gewöhnlich gehandhabt wird.

Top2:

Laura (Präsidentin) erklärt, dass mehrere Anträge eingereicht wurden. Aus diesem Grund möchte sie die Tagesordnung um einen TO-Punkt erweitern. Vor dem TO-Punkt Termine möchte sie gerne den Punkt Anträge einfügen.

Anna Schreiber (Juso-HSG) macht den Vorschlag, für die weiteren Sitzungen einen TO-Punkt "Bericht Ausschüsse/Präsidium" mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

Top3:

Jamal Lutz (Vorstand) und Linda Spieckermann (Vorstand) berichten, dass eine Stelle im Geschäftszimmer freigeworden ist. **Anna (Juso-HSG)** fragt, ob diese ausgeschrieben wurde. **Jamal (Vorstand)** bejaht dies, sie sei in mehreren lokalen Zeitungen in die Stellenanzeigen gesetzt wurde. Zudem berichten **Jamal (Vorstand)** und **Linda (Vorstand)**, dass der AStA-Vorstand eine Pressemitteilung zur Alten Aula herausgegeben habe. **Thomas (Juso-HSG)** fragt, ob diese über den Stupa-Verteiler gegangen sei. **Jamal (Vorstand)** verneint dies, da der Stupa-Verteiler nicht für als Verteiler für Pressemitteilungen genutzt wird. **Anna (Juso-HSG)** fragt daraufhin, ob es möglich wäre, bei den nächsten Pressemitteilungen des AStA-Vorstands eine Information zu der jeweiligen Mitteilung dazu zu schreiben. **Bastiaan Zapf (Piraten)** fragt, ob die Korrespondenz des AStA-Vorstands mit der Präsidentin über die Alte Aula bereits über den Verteiler geschickt worden sei. **Jamal (Vorstand)** antwortet, dass er dies bereits getan habe, es allerdings sein könne, dass die Mail aufgrund von technischen Problemen nicht vollständig angekommen sei. Er versichert, die Korrespondenzen erneut zu schicken. Weiterhin berichten **Jamal (Vorstand)** und **Linda (Vorstand)**, dass das AntiFa/AntiRa-Referat einen Flyer zum Thema Antisemitismus an der Uni herausgegeben hat. Des Weiteren arbeite das HoPo-Referat zum Thema Schuldenbremse. Es bezieht dabei einen kritischen Standpunkt zu deren Verankerung in der Hessischen Verfassung. **Nicolas Leibold (LHG)** fragt, was die Schuldenbremse mit Hochschulpolitik zu tun habe. **Jamal (Vorstand)** antwortet hierauf, dass es bei der Schuldenbremse um die Finanzierung mehrerer Haushaltsbereiche, und somit auch der Bildung in Hessen, geht. **Nicolas (LHG)** antwortet hierauf, dass die hessische

Regierung versichert hat, den Bildungstopf nicht zu kürzen. **Janis Ehling (SDS)** erwidert, dass es in Sachen Bildung ein strukturelles Haushaltsdefizit gebe, das aufgrund der Schuldenbremse nicht aufge bessert werden wird und dass die Regierung noch nichts Konkretes zu den Einsparungen gesagt habe. **Laura (Präsidentin)** schließt die Debatte, da es bei diesem TO-Punkt um den Bericht des AStA, nicht einer Diskussion um die Schuldenbremse gehen solle. **Jamal (Vorstand)** berichtet, dass eine "AStA-Info" bald erscheinen werde. Zudem werde eine "StuPa-Info" erscheinen, sobald genug Resolutionen zusammen gekommen sind. Er verspricht weiterhin, eine Auflistung mit den Entnahmen im Haushalt 2011 aus den Rücklagen über den Stupa-Verteiler zu schicken. **Anna (Juso-HSG)** fragt, ob die Präsidentin bereits auf den Haushalt geantwortet habe. **Laura (Präsidentin)** erklärt, dass sie dies noch nicht getan habe, trotz mehreren Nachfragen. **Anna (Juso-HSG)** fragt zudem, was sich hinter der Website "studierende.org" verberge, da diese anscheinend dem AStA gehöre. **Rebekka Eisner (Bettenhausliste)** antwortet, dass es sich bei dieser Seite um eine Privatseite handele.

Top4:

Laura (Präsidentin) fragt, ob es Kandidaturvorschläge gäbe. **Bastiaan (Piraten)** erklärt, dass er sich für das Amt bereit erklären würde, wenn es in Ordnung wäre, dass er ab und zu an der Debatte teilnimmt. Da sowohl das Präsidium als auch das Parlament sich damit einverstanden zeigen, schlägt Bastiaan sich selbst vor.

2 Parlamentarier_innen betreten die Sitzung um 20.24 Uhr.
Es sind nun 26 Parlamentarier_innen anwesend.

Es wird abgestimmt:

Es stimmen 23 Parlamentarier_innen dafür, 1 dagegen und es gibt 1 Enthaltung. 1 Stimme ist ungültig.

Bastiaan (Piraten) nimmt die Wahl an.

Top 5:

Laura (Präsidentin) fragt, ob es Kandidatur-Vorschläge gibt. **Anna (Juso-HSG)** schlägt **Thomas Ebeling (Juso-HSG)** vor. **Thomas (Juso-HSG)** nimmt die Kandidatur an. Es wird abgestimmt:

Es stimmen 11 Parlamentarier_innen dafür, 8 dagegen und es gibt 1 Enthaltung. 6 Stimmen sind ungültig.

Thomas (Juso-HSG) nimmt die Wahl an.

Top 6:

Laura (Präsidentin) erklärt, dass die 5 Listen mit den meisten Sitzen eine/n Kandidaten/in benennen müssen. **Laura (Präsidentin)** fragt, wen die GHG benennen möchte. Die GHG hat noch keine/n Kandidaten/in. **Laura (Präsidentin)** weist die GHG darauf hin, dass sie (Laura) eine/n Kandidaten/in benennen muss, wenn die GHG dies nicht tuhe.

Die Juso-HSG benennt Jenny Lehmann.
Die LHG benennt Handke Bokelmann.
Der RCDS benennt Stephan Klenner.
Die Parlamentarier_innen der NaWiLi sind nicht anwesend.

Es gibt eine Pause von 10 Minuten.

Die Sitzung wird um 21.15 weitergeführt.

Laura (Präsidentin) benennt **Jenny Lehmann, Handke Bokelmann, Stephan Klenner, Jacob Vörckel (für die GHG)** sowie **Jens Schömann (NaWiLi)** für den Wahlausschuss.

Jan Beberweyk (Libüli) stellt einen Antrag bezüglich des Wahlausschusses:

1. Mitglieder des Wahlausschusses dürfen nicht auf Wahlen antreten.
2. Der Wahlausschuss möge die Kandidierenden Gruppen darüber informieren, in welcher Form Wahlwerbung zulässig ist und in welcher nicht (Menge, Überplakatieren, Vandalismus etc.)
3. Der Wahlausschuss entwirft selbst einen inhaltlichen Flyer für die Hochschulwahlen.

Joschka Waas (GHG) fragt, weshalb, der Wahlausschuss Werbung machen soll. **Anna (Juso-HSG)** antwortet hierauf, dass der Wahlausschuss ursprünglich neben dem AStA und dem FSK-Vorstand eine Wahlwerbungs-Serie herausgegeben habe, dies jedoch in den letzten Jahren eingeschlafen sei.

Jan (LiBüLi) möchte zu den bereits genannten Punkten hinzufügen, dass der AStA des Wahlausschuss organisatorisch und finanziell unterstütze.

Es soll abgestimmt werden. **Laura (Präsidentin)** erklärt, dass die grünen Karten Ja und die roten Karten Nein bedeuten. Für eine Enthaltung soll die Hand gehoben werden.

Marius Beckmann (SEM) stellt den Antrag, dass die roten Karten Ja und die grünen Karten Nein bedeuten sollen. Jacob Vörckel stellt eine formale Gegenrede.

Es wird abgestimmt.

Es stimmen 10 Parlamentarier_innen dafür, 10 dagegen und es gibt 6 Enthaltungen.

Der Antrag von Marius (SEM) ist folglich abgelehnt.

Es wird über den Antrag von Jan(LiBüLi) abgestimmt.

Es stimmen 26 Parlamentarier_innen dafür.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Top7:

Antrag der DL(siehe Anhang):

Julia Ewerdwalbesloh (LHG) meint, dass es unklug wäre, sich dem Informationsfluss, der in den informellen Gesprächen stattfindet, zu entziehen. Stattdessen solle der Informationsfluss umgelenkt werden und Themen im Senat besprochen werden. **Chris Wagner (RCDS)** fragt, was sich die DL davon verspreche nicht mehr zu den Treffen zu gehen und ob die DL glaubt, dass sich die Situation ohne die informellen Treffen verbessere. **David Palme (DL)** antwortet hierauf, dass er dies durchaus glaube. Der Antrag spreche sich zudem nicht gegen jegliche informellen Treffen aus, sondern lediglich gegen die regelmäßigen. Weiterhin soll der Antrag verhindern, dass die Präsidentin in den informellen, unverbindlichen Treffen versprochene Punkte nicht einhält. **Chris (RCDS)** versteht trotzdem nicht, was gegen die informellen Treffen spreche. **David (DL)** erklärt, dass durch die informellen Treffen wichtige, öffentliche Gremien unterlaufen werden, da wichtige Entscheidungen in informelle Gesprächsrunden verlagert werden. In diesen Gesprächsrunden werde eine Form von Partizipation suggeriert, die allerdings von dem guten Willen der Präsidentin abhängen. **Oliver Kienberg (LiBüLi)** meint, dass die Herstellung von Öffentlichkeit die Verstärkung demokratischer Mitbestimmung verstärke. Er betont, dass es wichtig sei, ein Korrektiv zu haben und Dinge an die Öffentlichkeit zu holen. **Thomas (Juso-HSG)** erwidert, dass die Gremien dadurch gestärkt werden sollen, dass man sich vorher durch informelle Treffen auf Gremien vorbereiten kann. Würde dies nicht gewährleistet, würden die Gremien-Sitzungen zu lang und nicht konstruktiv werden. **Jan (LiBüLi)** versteht nicht, wie man teilweise die Enddemokratisierung der Hochschulen kritisieren und gleichzeitig Klüngeleien unterstützen könne. Da nicht jeder eine Lobby habe und an den Klüngeleien teilnehmen könne, müssten diese beendet werden. **Julia (LHG)** meint, dass es ein besserer Weg der Enddemokratisierung entgegen zu wirken sei, die Klüngelgespräche im Senat anzusprechen und dort über diese abzustimmen. Sie halte dies für die erste Methode. **David (DL)** erläutert, dass die Vorbereitung auf die Gremien so laufen sollte, dass alle sich gleichermaßen gut vorbereiten könnten. Zudem gehöre es zur Gremienarbeit dazu, dass nicht alles sehr schnell laufe. Es sei eine fragwürdige Methode die Enddemokratisierung stoppen zu wollen, indem man an ihr teilnehme. Allerdings stimme er der LHG in dem Punkt zu, dass das Thema ebenfalls im Senat angesprochen werden solle. **Oliver (LiBüLi)** sagt, dass das "Problem der Transparenz" oft dazu verwendet wird, die autonomen Referate anzugreifen. Aber dort, wo asymmetrische Machtverhältnisse herrschen und Transparenz wichtig ist, kann der Transparenzanspruch von einigen Parlamentarier_innen anscheinend justiert werden. **Thomas (Juso-HSG)** meint, dass ein solcher beschlossener Antrag sich negativ auf das Uni_Präsidium auswirken werde. Ein GO-Antrag auf Schluss der Debatte wird gestellt. Es wird abgestimmt.

Es stimmen 8 Parlamentarier_innen dafür, 13 dagegen und es gibt 2 Enthaltungen. 3 Stimmen sind ungültig.

Rebekka (Bettenhausliste) erklärt, dass ein falscher Eindruck von den informellen Treffen entstanden sei. Bei den informelle Gesprächen sei es keineswegs der Fall, dass alle Informationen offengelegt werden. **Chris (RDS)** fragt, ob die Antragssteller_innen wirklich davon ausgehen, dass das Geklüngel aufhöre, wenn der Vorstand nicht mehr an den informellen Treffen teilnimmt. **Nicolas (LHG)** meint, dass Transparenz wichtig sei. Allerdings müsse man wissen wie Institutionen laufen um diese zu ändern. **Jan (LiBüLi)** erklärt, dass es sich keineswegs um einen reinen Infoaustausch bei den informellen Treffen handele. Er fragt zudem, woher die Gegner_innen des Antrags wissen, dass keine Entscheidungen bei den Treffen getroffen werden, wo sie selbst doch nicht daran teilnehmen können. Den Versuch an den Treffen teilzunehmen und die Klüngeleien dann im Senat anzusprechen hält Jan für untauglich, da es der Präsidentin wie ein Messerstich in den Rücken vorkommen würde. Er macht deshalb den Vorschlag zumindest eine offizielle Einladung und ein Protokoll zu den Treffen anzufertigen. **Marius (SEM)** hält es keineswegs für passiv, nicht mehr zu treffen zu gehen, da der Vorstand dadurch aktiv ein Zeichen setzen würde. **Bernd-Michael (GHG)** schlägt als Kompromiß vor, dass es im Antrag eher darum gehen solle, wie die Treffen durchgeführt werden, und dass der Antrag dahingehend geändert werden solle. **David (DL)** lehnt den Änderungsantrag ab. **Jan (LiBüLi)** stellt einen Ergänzungsantrag. Am Ende des Beschlusses soll der Satz "Zudem verpflichtet sich der AStA alle Einladungen zu und Protokolle von den informellen Treffen zu veröffentlichen". **Jacob Vörckel (GHG)** stellt eine formelle Gegenrede. Es wird abgestimmt.

Es stimmen 15 Parlamentarier_innen dafür, 3 dagegen und es gibt 5 Enthaltungen. 3 Stimmen sind ungültig. Der Antrag ist angenommen.

Laura Jäkel (Vorstand) fragt, wer die Protokolle an den Gesprächen führen solle. **Jan (LiBüLi)** antwortet hierauf, dass diese Aufgabe eine weitere Person außerhalb des Vorstands übernehmen solle. **Nicolas (LHG)** stellt den Antrag nur noch über den Änderungsantrag abzustimmen. Es gibt eine formale Gegenrede. Es wird abgestimmt.

Es stimmen 7 Parlamentarier_innen dafür, 16 dagegen und es gibt 3 Enthaltungen. Der Antrag ist abgelehnt.

Bernd-Michael (GHG) fragt, ob in dem Antrag nicht hinzugefügt werden müsse, was veröffentlichen heiße. **Laura (Präsidentin)** antwortet, dass die Einladungen und Protokolle an verschiedenen Stellen ausgehängt werden müssen. **Anna (Juso-HSG)** fragt, ob man den Antrag vertagen könne. **Laura (Präsidentin)** antwortet, dass sie dies nicht für notwendig halte. Es wird über den Hauptantrag abgestimmt.

Es stimmen 18 Parlamentarier_innen dafür, 7 dagegen und es gibt 1 Enthaltung. Der Antrag ist angenommen.

Antrag SEM

Nicolas (LHG) fragt, was die sog. "B3a-Repression" ist. **Marius (SEM)** antwortet ihm, dass es hierbei um die Demonstrationen gegen Studiengebühren geht. Er beantragt zudem Rederecht für Jamal. **Jamal (SEM)** erklärt, dass 6 Menschen bei den Demonstrationen gegen Studiengebühren festgenommen wurden. Allerdings waren die Proteste gerechtfertigt und solle man sich mit den Festgenommenen solidarisieren. **Marius (SEM)** erklärt, dass bei den Gerichtsverhandlungen eine Umkehr der Schuld vorgenommen werde, die zur Endsolidarisierung des Bildungsstreiks führe. **Nicolas (LHG)** meint, dass nicht alle Studierenden an den Demos teilgenommen hätten und das StuPa sich deshalb nicht repräsentativ solidarisieren könne. Zudem müsse man mit Konsequenzen rechnen, wenn man auf die Autobahn laufe. **Chris (RCDS)** sagt, dass man doch abwarten solle, bis die Verhandlungen beendet sind. **Joschka (GHG)** meint, dass bei den Gerichtsverhandlungen 6 Leute vor Gericht gestellt würden, obwohl 300 Leute auf der Autobahn waren. **Julia (LHG)** meint, dass sie sich nicht mit den Betroffenen solidarisieren könne, da die Gerichtsentscheidung noch nicht gefallen sei. **David (DL)** meint, dass es sich bei den Verhandlungen um eine scharfe Form der Kriminalisierung handele. **Oliver (LiBüLi)** betont, dass Kriminalisierung nicht nur stattfindet, wenn die Betroffenen verurteilt sind. **Nicolas (LHG)** meint, dass die Demonstrierenden absichtlich Menschenleben riskiert haben. Ein solch gefährliches Vorgehen spreche nicht für die ganze Studierendenschaft. **Nicolas (LHG)** stellt den Änderungsantrag, den ersten und letzten Satz zu streichen. **Marius (SEM)** nimmt den Änderungsantrag nicht an. Es wird abgestimmt:

Es stimmen 5 Parlamentarier_innen dafür, 17 dagegen und es gibt 1 Enthaltung und 4 ungültige Stimmen. Der Antrag ist abgelehnt.

Es wird über den Hauptantrag abgestimmt:

Es stimmen 17 Parlamentarier_innen dafür, 7 dagegen und es gibt 1 Enthaltung und 4 ungültige Stimmen. Der Antrag ist angenommen.

Antrag Schuldenbremse:

Nicolas (LHG) stellt einen GO-Antrag auf Nicht-Behandlung des Antrags, da der Bildungshaushalt jährlich verhandelt werde und die Schuldenbremse ihn und die Studierenden somit nicht beeinflusse. **Jan (LiBüLi)** stellt eine Gegenrede. Er meint, dass Studierende nicht nur mit der Hochschule etwas zu tun hätten und deshalb auch in anderen Bereichen vertreten werden. Es wird abgestimmt:

Es stimmen 3 Parlamentarier_innen dafür, 21 dagegen und es gibt 0 Enthaltungen und 2 ungültige Stimmen. Der Antrag ist abgelehnt.

David (DL) stellt einen Änderungsantrag. Er möchte am Ende der Resolution den Satz "Zudem fordert das StuPa die Studierenden dazu auf bei der Volksabstimmung gegen die Schuldenbremse zu stimmen" hinzufügen. **Jannis (SDS)** nimmt den Änderungsantrag an. **Nicolas**

(LHG) sagt, dass das StuPa/der AStA sich lediglich zu Angelegenheiten der Phillips-Universität äußern dürfe. Aus diesem Grund hält er eine Wahlempfehlung für falsch. **Jan (LiBüLi)** erklärt, dass es sich bei den Studierenden um eine sozial schwache Gruppe handele. Bildung und Soziales seien im Haushalt der hessischen Landesregierung große Posten, von denen Studierende profitieren können. Wird die Schuldenbremse in der Verfassung verankert wird sich dies jedoch auf diese Posten und somit auch auf die Studierende auswirken. Somit erscheine es ihm als eine Pflicht die Entscheidung gegen die Schuldenbremse als die bessere darzustellen. **Janis (SDS)** meint, dass die Schuldenbremse eine bloße Rechtfertigung für weitere Kürzungen sei. Da es sich beim StuPa um eine Interessenvertretung der Studierenden handele, könne man zudem sehr wohl eine Empfehlung abgeben. **Marius (SEM)** meint, dass es sich bei den Regierungen um mündige Bürger_innen handele, die sich trotz einer Resolution des StuPa eine Meinung bilden könnten. **Julia (LHG)** meint, dass die Struktur des Haushalts durchaus geändert werden muss, allerdings solle dies durch die Schuldenbremse geschehen. Ansonsten sei die Versuchung zu groß falsche Wahlversprechen abzugeben.

Patrick Voyé verlässt die Sitzung um 22.25. Es sind noch 27 Parlamentarier_innen anwesend.

Jan (LiBüLi) stellt einen GO-Antrag zur Richtigstellung: Er erklärt, dass die Staatsausgaben seit 1998 gesunken seien. **Janis (SDS)** meint, dass es zudem nicht darum gehe ob eine Schuldenbremse sinnvoll sei oder nicht, sondern ob sie es in dieser Form sei. **Jan (LiBüLi)** meint, dass Bildung natürlich wetterabhängig im Klima Kapitalismus sei und das u.a. schon Tarifrunden verschoben wurden auf die Zeit nach der Volksabstimmung, diese folglich mit Kürzungen einhergeht. Es wird abgestimmt:

Es stimmen 20 Parlamentarier_innen dafür, 3 dagegen und es gibt 4 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

Julia (LHG) und **Nicolas (LHG)** verlassen die Sitzung um 22.40 Uhr. Es sind noch 25 Parlamentarier_innen anwesend.

Antrag "Kein Fußbreit den Faschisten"

Rebekka (Bettenhausliste) fragt, was der letzte Satz der Resolution bedeuten solle und ob sich die Juso-HSG schon mit dem Antifa/Antira- Referat auseinandergesetzt habe. **Anna (Juso-HSG)** erklärt, dass die Juso-HSG dachte, das Referat können einen guten Input bei einer möglichen Vollversammlung bieten. Zudem meint sie, dass die VV nur dann gemacht werden soll, wenn die Demonstration der Nazis zugelassen werde. Es wird abgestimmt.

Es stimmen 25 Parlamentarier_innen dafür, 0 dagegen und es gibt 0 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

Antrag Abstellgleis

Marius (SEM) stellt einen Änderungsantrag, der Antrag solle „besser gegendert“ werden. Die JuSos versprechen, dies zu tun. **Oliver (LiBüLi)** fragt, ob Personen, die SGBII beziehen, nicht auf dem sozialen Abstellgleis stehen würden. **Thomas (Juso-HSG)** meint, dass dies jedoch weinger soziales Abstellgleis sei, als von den Eltern abhängig zu sein. Es wird abgestimmt.

Es stimmen 16 Parlamentarier_innen dafür, 0 dagegen und es gibt 8 Enthaltungen und 1 ungültige Stimme. Der Antrag ist angenommen.

TOP 8:

Es gibt keine weiteren Termine zu besprechen.

TOP 9:

Anna (JuSo-HSG) bittet darum, dass alle Protokolle aller Sitzungen des ASTA mit der Uni-Leitung bitte über den Stupa-Verteiler gehen sollten.

Rebekka (Bettenhaus) bittet darum, dass die Resolution "Kein Fußbreit den Faschisten" dem Antifa-Referat geschickt werde.

Laura schließt die Sitzung um 22.50 Uhr.

Für das Protokoll:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Anne-M. Engler', written in a cursive style.

Anne-Marlen Engler (Stellv. Präsidentin)

Für die Richtigkeit:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Laura Mohr', written in a cursive style.

Laura Mohr
(Präsidentin des 46. Studierendenparlaments)